

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	9
Abkürzungsverzeichnis .....	17
Einleitung .....	19
1. Kapitel: Begriff und Entwicklung der „qualifizierten Belehrung“ .....	21
2. Kapitel: Die Belehrung des Beschuldigten in der Vernehmung .....	57
3. Kapitel: Die qualifizierte Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung .....	71
4. Kapitel: Die Darstellung einer möglichen Begründung der Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein Überblick .....	113
5. Kapitel: Die mögliche Begründung einer Pflicht zur qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein eigener Lösungsansatz .....	127
6. Kapitel: Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung .....	141
7. Kapitel: Lösungsansatz zur Frage nach der allgemein-gültigen Möglichkeit zur Herleitung einer qualifizierten Belehrung .....	159
Thesen .....	177
Literaturverzeichnis .....	181
Entscheidungsregister .....	203

**Inhaltsverzeichnis**

Abkürzungsverzeichnis ..... 17

Einleitung ..... 19

1. Kapitel: Begriff und Entwicklung der „qualifizierten Belehrung“ ..... 21

    A. Der Begriff der „qualifizierten Belehrung“ ..... 21

    B. Die Entwicklung des Rechtsinstituts der qualifizierten Belehrung ..... 22

        I. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen  
            die Belehrungsvorschrift des § 136 I 2 StPO ..... 23

            1. Die frühe Rechtsprechung ..... 23

                a) BGHSt 22, S. 129 ff. .... 23

                b) BGHSt 22, S. 170 ff. .... 25

            2. Die heutige Rechtsprechung ..... 26

                a) BGHSt 38, S. 214 ff. .... 26

                b) AG Hann. Münden ..... 28

                c) Resumé der Entwicklung der Rechtsprechung  
                    zur Belehrung ..... 29

            3. Die Ansicht der Literatur ..... 31

            4. Eigene Stellungnahme ..... 32

        II. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen  
            § 136 a I StPO ..... 33

            1. Die Ansicht der Rechtsprechung ..... 33

                a) LG Dortmund, NStZ 1997, S. 356 f. .... 33

                b) „Der Fall Daschner“, StV 2003, S. 325 ff. .... 35

            2. Die Ansicht der Literatur ..... 36

            3. Eigene Stellungnahme ..... 37

        III. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen  
            die Belehrungsvorschrift des § 52 III 1 StPO ..... 37

            1. Die Belehrungspflicht des § 52 III 1 StPO ..... 38

            2. Folge der Verletzung der Belehrungsvorschrift ..... 38

            3. Heilung des Verwertungsverbots ..... 38

                a) Heilung des Verwertungsverbots durch Nachholung  
                    der Belehrung oder durch qualifizierte Belehrung? ..... 39

                    aa) Die Ansicht der Rechtsprechung ..... 39

bb) Zwischenergebnis .....	41
cc) Die Ansicht der Literatur .....	41
b) Zwischenergebnis .....	42
4. Der Übergang von der Zeugen- zur Beschuldigtenvernehmung .....	42
5. Eigene Stellungnahme .....	43
IV. Die qualifizierte Belehrung über die Freiheit des Rechtsmittelverzichts nach Absprache .....	44
1. Die frühe Rechtsprechung .....	44
a) BGHSt 43, S. 195 ff. ....	44
b) BGH, wistra 2004, S. 232 ff. ....	46
2. Die heutige Rechtsprechung des Großen Senats (NJW 2005, S. 1440 ff.) .....	47
3. Die Ansicht der Literatur .....	49
a) Die Ansicht von Satzger und Höltkemeier .....	49
b) Die Ansicht von Rieß und Meyer-Goßner .....	50
c) Die Ansicht von Seher .....	51
4. Eigene Stellungnahme .....	51
5. Die weitere Entwicklung der Gesetzgebung .....	52
V. Die qualifizierte Belehrung nach dem Übergang von der informatorischen Befragung zur Vernehmung .....	54
1. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von einer zulässigen informatorischen Befragung zur Vernehmung .....	54
2. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von einer unzulässigen informatorischen Befragung zur Vernehmung .....	55
a) Voraussetzungen unter denen eine informatorische Befragung unzulässig ist .....	55
b) Eigene Stellungnahme .....	56
2. Kapitel: Die Belehrung des Beschuldigten in der Vernehmung .....	57
A. Der Beschuldigte .....	57
I. Die Beschuldigteneigenschaft .....	57
1. Der objektive oder materielle Beschuldigtenbegriff .....	58
2. Der subjektive oder formelle Beschuldigtenbegriff .....	58
II. Konsequenz .....	59
B. Die Vernehmung des Beschuldigten .....	59
I. Die Gewährung rechtlichen Gehörs .....	60
1. Die Ansicht der Rechtsprechung .....	61
2. Die Ansicht der Literatur .....	61
a) Die Ansicht von Rogall und Hanack .....	62

b) Die Ansicht von Dencker .....	63
c) Die Ansicht von Degener und Grünwald .....	64
d) Die Ansicht von Lesch und Bockemühl .....	65
e) Die Ansicht von Gillmeister .....	66
3. Zwischenergebnis .....	67
II. Die Verteidigungsfunktion .....	68
1. Inhalt der Verteidigungsfunktion .....	68
2. Übertragung auf das Prinzip der qualifizierten Belehrung .....	69
3. Zwischenergebnis .....	69
III. Die Erforschung der Wahrheit und Sicherung der Beweise .....	69
IV. Konsequenz .....	70
 3. Kapitel: Die qualifizierte Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung .....	 71
A. Die Voraussetzungen einer Durchsuchung gemäß §§ 102, 105 StPO .....	71
I. Straftat i.S.v. § 102 StPO .....	71
II. Täter oder Teilnehmer .....	72
III. Der Tatverdacht .....	72
IV. Der Verhältnismäßigkeits- und Bestimmtheitsgrundsatz .....	73
V. Die Zuständigkeit .....	74
B. Verfahrensfehler bei der Hausdurchsuchung .....	74
I. Mögliche Verstöße gegen die Annahme von Gefahr im Verzug .....	75
1. Die fernmündliche Anordnung .....	75
a) Die Ansicht von Beichel und Kieninger .....	76
b) Die Ansicht von Hofmann .....	77
c) Eigene Stellungnahme .....	77
d) Die Ansicht von Krehl .....	79
e) Eigene Stellungnahme .....	79
f) Ausnahme von der Einrichtung eines richterlichen Bereitschaftsdienstes .....	 80
2. Die Dokumentationspflicht .....	80
a) Inhalt der Dokumentationspflicht .....	80
b) Eigene Stellungnahme .....	83
3. Die Begründungspflicht .....	83
a) Inhalt der Begründungspflicht .....	83
b) Eigene Stellungnahme .....	85
4. Das Verbot der Willkür .....	85
a) Inhalt des Willkürverbots .....	85
b) Eigene Stellungnahme .....	87

5. Die Umgehung des Bestimmtheitsgrundsatzes durch Annahme eines Zufallsfundes gemäß § 108 I StPO .....	87
a) Der Zufallsfund i.S.v. § 108 I StPO .....	87
b) Eigene Stellungnahme .....	88
6. Die zeitliche Gültigkeit eines Durchsuchungsbeschlusses .....	89
a) Die zeitliche Geltung des Durchsuchungsbeschlusses .....	89
b) Eigene Stellungnahme .....	90
7. Der Verstoß gegen die Annahme von Ermessen .....	91
II. Konsequenz .....	91
C. Die Folge der Verletzung von Verfahrensvorschriften bei der Durchsuchung .....	92
I. Beweisverwertungsverbot: die einzige Möglichkeit – der Ansatz Ransieks .....	93
II. Die Beweisverbotslehren .....	94
1. Die strenge Beweisverbotslehre .....	94
a) Der Inhalt der strengen Beweisverbotslehre .....	94
b) Kritik an der strengen Beweisverbotslehre .....	94
2. Die Abwägungslehre .....	95
a) Der Inhalt der Abwägungslehre .....	95
b) Kritik an der Abwägungslehre .....	97
3. Der hypothetische Ermittlungseingriff .....	98
a) Inhalt der Lehre vom hypothetischen Ermittlungseingriff .....	98
b) Kritik an der Lehre vom hypothetischen Ermittlungseingriff .....	99
4. Die Lehre vom Beweisverbot bei systematischem Verfahrensmisbrauch .....	99
a) Inhalt der Lehre vom systematischen Verfahrensmisbrauch .....	99
b) Stellungnahme .....	100
5. Die Lehre von den Informationsbeherrschungsrechten .....	100
a) Inhalt der Lehre der Informationsbeherrschungsrechte .....	100
b) Stellungnahme .....	102
6. Beweisverwertungsverbot aufgrund der Bedeutung der Grundrechte .....	103
III. Ergebnis .....	103
D. Heilung des Beweisverwertungsverbots durch die Erteilung einer qualifizierten Belehrung .....	105
I. Das Problem mit der Widerspruchslösung .....	105
1. Die Ansicht der Rechtsprechung .....	107

2. Die Ansicht der Literatur und eigene Stellungnahme .....	107
II. LG Bremen, StV 2005, S. 318 ff. ....	109
III. LG Heilbronn, StV 2005, S. 380 ff. ....	110
IV. Eigene Stellungnahme .....	112
 4. Kapitel: Die Darstellung einer möglichen Begründung der Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein Überblick .....	113
A. Ableitung der Notwendigkeit einer qualifizierten Belehrung aus dem Gedanken des „fairen Verfahrens“ .....	113
I. Inhaltliche Vorgaben und Bestandteile des fairen Verfahrens .....	114
1. Die Ansicht von Kernsmann .....	115
2. Die Ansicht von Esser .....	115
3. Stellungnahme .....	116
II. Die Aufklärungspflicht aufgrund der „prozessualen Fürsorgepflicht“ als Bestandteil des fairen Verfahrens .....	116
1. Die Ableitung des Prinzips der prozessualen Fürsorgepflicht .....	117
a) Die Ansicht von Rogall .....	117
b) Die Ansicht von Marczak und Geppert .....	118
2. Eigene Stellungnahme .....	119
B. Die Aufklärungspflicht aus dem nemo-tenetur-Prinzip .....	120
I. Die Wurzeln des nemo-tenetur-Prinzips .....	120
II. Die Transformation des nemo-tenetur-Prinzips zur Begründung der qualifizierten Belehrung .....	121
1. Die Ansicht der Rechtsprechung .....	121
a) LG Bad Kreuznach, StV 1994, S. 293 ff. ....	121
b) LG Dortmund, NStZ 1997, S. 356 ff. ....	122
2. Die Ansicht der Literatur .....	123
a) Die Ansicht von Ransiek .....	123
b) Die Ansicht von Rogall .....	123
c) Die Ansicht von Bosch .....	123
d) Eigene Stellungnahme .....	124
 5. Kapitel: Die mögliche Begründung einer Pflicht zur qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein eigener Lösungsansatz .....	127
A. Die Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung aufgrund der Verteidigungsfunktion der Belehrungspflicht des § 136 I 2 StPO .....	127
B. Der Folgenbeseitigungsanspruch .....	129

I. Die Anwendbarkeit .....	129
II. Die Ableitung des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs .....	130
III. Die Voraussetzungen des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs .....	131
1. Hoheitlicher Eingriff in ein subjektives Recht .....	131
2. Rechtswidriger, noch andauernder Zustand .....	132
3. Der Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruch .....	132
4. Zwischenergebnis und eigene Stellungnahme .....	133
C. Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit im Rahmen der Notwendigkeit einer qualifizierten Belehrung .....	134
1. Der rechtliche Ausgangspunkt des Prinzips der Waffengleichheit .....	134
a) Anwendungsbereich .....	135
b) Stellungnahme zum Anwendungsbereich des Prinzips der Waffen- und Chancengleichheit .....	136
2. Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit im gerichtlichen Verfahren – eine Stellungnahme .....	137
D. Zwischenergebnis .....	138
6. Kapitel: Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung .....	141
A. Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung aufgrund der Regelungen des § 136 a StPO .....	141
I. Die Täuschung .....	141
1. Definition des Begriffs der Täuschung .....	141
2. Die Ansicht der Rechtsprechung u. Teile der Literatur .....	142
3. Kritik an der Ansicht der Rechtsprechung und eigene Stellungnahme .....	144
4. Die Ansicht eines anderen Teils der Literatur .....	145
II. Bewusste oder fahrlässige Täuschung .....	145
1. Fahrlässiges Verhalten ausreichend .....	145
2. Vorsätzliches Verhalten erforderlich .....	146
3. Eigene Stellungnahme .....	147
4. Zwischenergebnis .....	148
III. Die Problematik der Fortwirkung .....	149
1. Die Ansicht der Rechtsprechung .....	149
2. Die Ansicht der Literatur .....	153
a) Die Ansicht von Neuhaus .....	153
b) Die Ansicht von Bosch .....	154
c) Eigene Stellungnahme .....	155

B. Die Entbehrlichkeit einer qualifizierten Belehrung aufgrund des Akteneinsichtsrechts der Verteidigung .....	155
7. Kapitel: Lösungsansatz zur Frage nach der allgemein-gültigen Möglichkeit zur Herleitung einer qualifizierten Belehrung .....	159
A Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 136 I 2 StPO .....	159
I. Das rechtliche Gehör und die Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften .....	160
II. Das Prinzip des fairen Verfahrens .....	160
III. Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit .....	161
IV. Die prozessuale Fürsorgepflicht .....	161
V. . Das nemo-tenetur-Prinzip .....	162
VI. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch .....	163
B. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen § 136 a I StPO .....	164
I. Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften .....	164
II. Das Prinzip des fairen Verfahrens .....	165
III. Die prozessuale Fürsorgepflicht .....	165
IV. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch .....	166
C. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 52 III 1 StPO .....	167
I. Die qualifizierte Belehrung bei der unterlassenen Zeugenbelehrung .....	167
1. Die Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften .....	167
2. Das nemo-tenetur-Prinzip .....	168
3. Das Prinzip des fairen Verfahrens .....	168
4. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch .....	169
II. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von der Zeugen- zur Beschuldigtenbelehrung .....	169
1. Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften .....	170
2. Das nemo-tenetur-Prinzip .....	170
3. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch .....	170
D. Die qualifizierte Belehrung über die Freiheit des Rechtsmittelverzichts nach Absprache .....	171
I. Das Prinzip des fairen Verfahrens .....	171
II. Das nemo-tenetur-Prinzip .....	172
III. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch .....	172
E. Ergebnis und Ausblick .....	173
I. Ergebnis .....	173



II. Ausblick .....	173
Thesen.....	177
Literaturverzeichnis .....	181
Entscheidungsregister .....	203